

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 16.08.2010

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19.00 Uhr - 21.30 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 12 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

Ist: 9 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

### **Anwesenheit**

#### **Ortschaftsratsmitglieder**

Herr Gunther Endrikat

Herr André Mai

Frau Christine Schubert

dienstlich verh.

dienstlich verh.

dienstlich verh.

#### **Ortsvorsteher**

Herr Lutz Neubert

#### **Ortschaftsratsmitglieder**

Herr Patrick Andrä

Herr Ronny Bernstein

Herr Gunter Elsner

Herr Ullrich Hammer

Herr Dr. Fritz Hähle

Herr Thomas Renneberg

Frau Angela Schneider

Herr Fritz Stengel

Herr Michael Wirth

#### **Schriftführerin**

Frau Christine Vieweg

#### **Gäste**

Herr Münster

ASR

Frau Fröhlich

Geschäftsführerin Fortis-Akademie

**1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Ortsvorsteher **Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – und begrüßt die Mitglieder des Ortschaftsrates, Frau Fröhlich, Herrn Münster und die Bürger von Grüna.

**2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgelegt**.

**3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 21.06.2010**

---

Die Niederschrift des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – vom 21.06.2010 lag zur Einsichtnahme aus. Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Die Niederschrift ist somit **genehmigt**.

**4 Vorlage an den Stadtrat/Ausschuss**

---

**4.1. Vorlage zur Einbeziehung  
Neugestaltung der Sperrabfallentsorgung in der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-158/2010 Einreicher: D 3/ASR**

---

**Herr Neubert** dankt Herrn Münster für sein Kommen und bittet um Erläuterung der Vorlage.

**Herr Münster** nennt einige Gründe für eine Neugestaltung der Sperrabfallentsorgung in der Stadt Chemnitz. So habe mit der Einwohnerzahl auch das Sperrmüllaufkommen merklich abgenommen. Auch würden „Mülltourismus“ und illegale Ablagerungen das Stadtbild beeinträchtigen und den Aufwand bei der Entsorgung erhöhen. Wertstoffe würden vor der Abholung entwendet, was den Ertrag des ESC verringere. Vorbild für die Neugestaltung sei das gut funktionierende System von Halle. Das heißt: Jeder Haushalt erhält pro Jahr eine Karte und kann bei Bedarf die kostenlose Entsorgung anfordern. Vorteile seien u. a.:  
Reduzierung des Einsatzpersonals, bessere Beachtung von Kundenwünschen, Vermeidung von „Mülltourismus“ sowie von Umweltgefährdungen.  
Allerdings sei der Planungsaufwand dann größer.

**Herr Stengel** befürwortet das neue Entsorgungsmodell und hat nur eine Frage zum Begriff „Schrottdiebstahl“. Mit dem Herausstellen des Sperrmülls sei der Bürger ja kein Eigentümer mehr.

**Herr Münster** erläutert, weshalb der ESC in diesem Moment zum Eigentümer werde. Ergänzend bemerkt er, dass in Chemnitz ein hohes Umweltbewusstsein vorhanden sei, erkennbar an sauber getrenntem Abfall.

**Herr Neubert** ist sich sicher, dass das neue System funktionieren wird, da es zu Zeiten der Grünaer Selbständigkeit schon einmal so gehandhabt wurde. Jedoch stellt er Herrn Münster die Frage, ob die Einführung des Kartensystems die Vorstufe sein könnte, dass in Zukunft die Sperrmüllentsorgung (Ausgliederung aus Gesamtsammlung) kostenpflichtig wird.

**Herr Münster** erklärt hierzu, dass dieser Weg gegenwärtig nicht vorgesehen ist.

Die Anfrage von **Herrn Hammer** nach einer Entsorgung mittels Kleincontainern

---

verneint Herr Münster, weil dies mehrere An- und Abfahrten sowie eine unsaubere Mülltrennung zur Folge hätte. Um eine Abholung rentabler zu machen, könnten sich auch Hausgemeinschaften oder Nachbarn zusammenschließen. Pro Jahr und Haushalt könnten 2 m<sup>3</sup> (eine Karte) entsorgt werden. Die Entsorgung von Kleinstmengen solle weiterhin auf den Werkstoffhöfen erfolgen.

#### **Beschluss B-158/2010**

Der Ortschaftsrat Grüna stimmt der Vorlage – Neugestaltung der Sperrabfallentsorgung in der Stadt Chemnitz – **einstimmig** zu.

---

#### **5 Beratung zum "Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015" Verabschiedung einer Stellungnahme zu den Maßnahmeblättern vom 21.06.2010**

---

**Herr Neubert** begleitet Herrn Münster nach draußen und übergibt vorerst seinem Stellvertreter **Herrn Stengel** das Wort. Dieser erinnert an den Werdegang der bereits im „Ortschaftsanzeiger Grüna+Mittelbach“ veröffentlichten Stellungnahme zu Maßnahme 15/10 (Aufhebung der Ortschaftsverfassungen), deren Erarbeitung in internen Beratungen der Ortschaftsratsmitglieder am 5. und 19.7. erfolgt und abgestimmt sei. Er hält es jedoch für nötig, noch eine ordnungsgemäße Abstimmung in einer öffentlichen Sitzung herbeizuführen.

Anschließend verweist er auf die verbreitete Einschätzung, dass dieses Konzept keine Entwicklung erkennen lasse und lediglich als Streichkonzept zu bezeichnen sei. Bei allem Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen sollte sich der Ortschaftsrat nun eine Meinung bilden, zu welchen weiteren Punkten des Konzepts, die Grüna betreffen, er sich äußert und wie. Die Beschlussvorlage sei zwar noch nicht da, werde aber kaum von den vorliegenden Vorschlägen abweichen. Deshalb sollte die Zeit genutzt und bereits jetzt beraten werden.

**Herr Dr. Hähle** erklärt sich mit dem Inhalt der Stellungnahme einverstanden, hätte aber im Ortschaftsanzeiger lieber den Zusatz „Entwurf“ gesehen.

**Frau Schneider** bedankt sich für die Erarbeitung des „Entwurfs“ und erklärt, dass inhaltlich alles so abgesprochen gewesen sei. Ihrer Meinung nach sollten sich die Stellungnahmen des Ortschaftsrates auf Themen beschränken, welche speziell Grüna betreffen.

**Herr Andrä** erklärt sich ebenfalls mit dem Inhalt der Stellungnahme zu „Maßnahme 15/10“ einverstanden, möchte aber zu weiteren Maßnahmen erst dann diskutieren, bis die Beschlussvorlage da ist. Auch er kann im bisherigen Konzept keine Entwicklung erkennen.

**Herr Wirth** bekennt sich zur Stellungnahme und zur Meinung der Vorredner. Auch er erwartet keine wesentlichen Änderungen in der Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass das Konzept im Ganzen abgestimmt werde, was den Stadträten Probleme bereite, weil es für fast alle Einzelmaßnahmen Gründe gebe, diese abzulehnen. Das Dilemma sei, dass ohne dieses Sparkonzept der Haushalt nicht genehmigt werde und ohne Haushalt die Stadt nicht handlungsfähig sei, sondern unter Zwangsverwaltung der Landesdirektion. Änderungen seien nur über Einzelanträge aus den Fraktionen erreichbar.

Er sieht allerdings ein wenig Hoffnung für den Bestand der Ortschaftsverfassungen.

**Herr Bernstein** merkt an, dass es unser Hauptanliegen sein müsse, den Ortschaftsrat als Institution zu erhalten. Nur so könnten auch in Zukunft die Interessen unserer Bürger vertreten werden, egal bei welchen Maßnahmen. Dies sei eine wichtige Frage der Demokratie.

**Herr Elsner** bezweifelt, dass sich die Mitglieder des Stadtrates in einem so kurzen Zeitraum mit diesem umfangreichen Papier wirklich gründlich befassen können.

**Herr Stengel** zeigt sich enttäuscht, dass nun schon zum zweiten Mal von den eingeladenen Stadträten unseres Wahlkreises niemand anwesend ist. Allein Frau Pastor (Die Linke) habe das Angebot eines Ersatztermins wahrgenommen. Er bedankt sich bei dem (anwesenden) Grünaer Bernhard Herrmann für dessen engagierten Einsatz für eine basisdemokratische Einflussnahme auf dieses Konzept, wobei er auch ausdrücklich den Erhalt der Ortschaftsräte unterstütze. Am Beispiel der Internetseite „www.chemnitz-kuerzt.de“, wo Herr Herrmann zur Abschaffung der Ortschaftsräte und zum Verkauf der Rathäuser argumentiert habe, zeige sich, dass Unkenntnis oberflächliche und falsche Meinungen zur Folge habe, die nach Beschäftigung mit dem Thema geändert würden.

**Herr Neubert** stellt noch einmal fest, dass der Entscheidungszeitraum sehr eng und der Zeitpunkt (während der Sommerpause) sehr ungünstig gewählt ist. Er äußert sich unzufrieden über die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeisteramt in dieser angespannten Situation.

Nach jetziger Planung der Stadt solle der Ortschaftsrat Grüna am 30. August in einer außerplanmäßigen Sitzung über das Sparkonzept abstimmen; dazu müsse die Beschlussvorlage bis zum 19. 8. eintreffen und am 20.8. mit der Einladung ausgereicht werden.

**Herr Wirth** erhofft sich eine fristgerechte Handhabung, weil sonst die Verabschiedung des Haushaltplanes weiter gefährdet sei.

**Herr Neubert** weist auf eine schriftliche Zuarbeit von Herrn Hammer zur „Maßnahme 15/10“ hin, welche vor der Sitzung an alle Mitglieder ausgereicht wurde.

**Herr Stengel** bittet nochmals um Meinungsäußerungen zu weiteren Punkten des Konzepts, die Grüna betreffen. Vorschläge und Anregungen für die Diskussion habe er im Vorfeld per E-Mail an alle Ortschaftsräte gesandt.

**Herr Andrä** hält es für erforderlich, die Beschlussvorlage abzuwarten und vorerst nur auf die Maßnahme 15/10 zu reagieren. Außerdem sollten wir uns nicht mit der Grundsteuer befassen, weil der entsprechende Einblick in die tief greifende Problematik fehle.

**Herr Dr. Hähle** stellt einen Vergleich mit Landtagsentscheidungen an, wo auch nicht mehr ausgegeben werden könne als vorhanden sei. Bei Forderung von Mehrausgaben müsse man darüber nachdenken, woher die Einnahmen kommen. Er findet die Situation schwierig; der Stadtrat sollte verantwortungsbewusst entscheiden.

**Frau Schneider** weist darauf hin, dass wir hier nicht im Landtag seien, sondern im Ortschaftsrat, der gar nicht in der Lage sei, Deckungsvorschläge zu machen oder Änderungsanträge zu stellen. Trotzdem sollten wir unsere Mitwirkungsrechte nach der SächsGemO wahrnehmen.

**Herr Neubert** schlägt vor, dass Herr Stengel seine Anregungen (Pro und Kontra) nochmals kurz vorstellt und anschließend die Ortschaftsräte ihre Meinung dazu sagen.

**Herr Stengel:**

**15/05 Kürzung der Zuschüsse für Stadtteilfeste und für Ortschaften um 50%:**  
Gleichbehandlung mit anderen Stadtteilen; Beitrag der Ortschaften zum Sparen; jedoch spürbarer Verlust für die betroffenen Vereine und Bürger bei relativ kleinem Beitrag

**17/01 – 03 Komplettvergabe der Außenrevier-, Sport- u. Spielplatzpflege u. Anliegerpflichten an Schulen und Kitas; gleichzeitig Reduzierung der Hausmeisteraufga-**

ben:

Grüna fordere eigentlich seit langem das Gegenteil, die Dezentralisierung für Pflegeleistungen und Winterdienst, um nach Bedarf und in höherer Qualität zu arbeiten; jetzt werde z. B. das Mähen des Sportplatzes für eine Schulveranstaltung oder die zeitnahe Schneeräumung umständlich bis unmöglich. Kostenersparnis sei fraglich.

**17/07 Veräußerung oder Übertragung des Rathauses:**

Nach § 67 SächsGemO entscheide der Ortschaftsrat über öffentliche Einrichtungen im Ort. Die Stadtverwaltung solle gebeten werden, die Zulässigkeit von Maßnahme 17/07 zu überprüfen.

Eine Beurteilung der Zahlen sei für Grüna nicht vorhanden und damit nicht möglich. Die Wirtschaftlichkeit müsse jedoch für jede Immobilie gesondert dargestellt werden.

Die nach Verkauf verlorenen Erträge seien erheblich; die Verbesserung der Mietauslastung (im Grünaer Rathaus stünden fünf Räume mit 78 m<sup>2</sup> leer) sei der bessere Weg. Die hohen Investitionskosten der gegenwärtigen Gebäudesanierung könnten bei einem Verkauf mit Gewißheit nicht erlöst werden. – Das Rathausgebäude müsse als identitätsstiftender Ortsmittelpunkt mit wichtigen öffentlichen Funktionen (Bürgerservice, Ortschaftsrat/Ortsvorsteher und Heimatverein) erhalten bleiben.

**21/02 Erhöhung der Grundsteuer A:** Da diese land- und forstwirtschaftliche Flächen betrifft, werde der überwiegende Teil der Erhöhung von den ländlichen Ortsteilen zu tragen sein. Andererseits gehe es um eine relativ geringe Summe von 23 T€.

**FiWi/12 Erhöhung der Grundsteuer B:** Diese Maßnahme stelle mit 7,1 Mio € einen zentralen Teil im Gesamtpaket dar, der außerdem schnell und unmittelbar wirksam werde. Eine Ablehnung könne die gesamte Haushaltskonsolidierung gefährden. Da so gut wie alle Bürger und auch Firmen betroffen sind, sei diese Belastung relativ gerecht verteilt.

Jedoch ergäben sich neben der finanziellen Belastung der Bürger nicht genannte Folgekosten für den Stadthaushalt, da das Stadtgebiet für Wohn- u. Gewerbeansiedlungen unattraktiver werde. Auch könne der Sprung von 475 auf 580 % durch eine stufenweise Anhebung abgemildert werden.

Der Ortschaftsrat solle jedoch die Stadt fragen, ob sie wirklich an den unterschiedlichen Steuermeßzahlen im Stadtgebiet festhalten will. Auch wenn dies „verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden“ ist, sei es doch mit der in anderem Zusammenhang oft geforderten Gleichbehandlung (siehe Maßnahme 15/10) nicht vereinbar.

**Herr Dr. Hähle** schlägt folgendes vor:

Zu 15/05: Wir finden das nicht gut.

Zu 17/01 – 03: Dezentralisierung wäre besser.

Zu 17/07: Nach anderen bürgerfreundlicheren Lösungen suchen.

Zu 21/02 u. FiWi/12: Nicht äußern, weil nicht Kompetenz des Ortschaftsrates.

**Frau Schneider** ergänzt abschließend, dass es im sozialen Bereich viele Punkte gibt, wozu man sich äußern müsste. Das ginge aber über die Zuständigkeit des Ortschaftsrates hinaus.

Weiterhin stellt **Herr Stengel** angesichts der Fragen zum Rathausverkauf und der Vorgänge um den Bau unseres Festplatzes fest, dass es zur Umsetzung von § 67 SächsGemO offenbar in der Stadtverwaltung und im Ortschaftsrat Unklarheiten gebe. Damit würden die ohnehin beschränkten Möglichkeiten des Ortschaftsrates noch weiter reduziert. Deshalb solle eine Anfrage analog einer Stadtratsanfrage an die Oberbürgermeisterin gerichtet werden. Dazu reicht er einen Entwurf aus.

**Herr Andrä** findet diese Fragen provokativ und plädiert für Fairness.

**Herr Neubert** setzt dagegen, dass wir auch nicht mit Samthandschuhen angefasst

werden.

**Herr Renneberg** findet den Zeitpunkt für diese Fragen ungeeignet und taktisch unklug.

**Herr Stengel** weist auf den aktuellen Zusammenhang hin.

**Herr Neubert** verweist auf das morgen stattfindende Treffen der Ortsvorsteher, wo man sich über geeignete Maßnahmen austauschen werde.

## **6 Informationen des Ortsvorstehers**

---

### **Fortis-Akademie als ortsansässiges Unternehmen**

**Herr Neubert** dankt Frau Fröhlich, Geschäftsführerin der Fortis-Akademie, dass sie die Zeit gefunden hat, unserer Einladung zu folgen. Er erinnert an die bestehende gute Zusammenarbeit mit der Bildungseinrichtung.

**Frau Fröhlich** erklärt, dass dieses Gebäude einer ehemaligen Grünaer Baufirma sich von der Anlage her besonders gut als Schule eigne und mittlerweile mehr als 700 Schüler beherberge. Im Ort seien Wohnungen für Schüler entstanden, und ein benachbartes ehemaliges Firmengebäude sei kürzlich noch zur Nutzung erworben worden. Dort solle im Obergeschoss eine Sporthalle entstehen, welche künftig nach Unterrichtschluss auch Grünaer Vereinen oder anderen Institutionen (max. 100 Personen) zur Verfügung stehe. Im Erdgeschoss würden Werkstätten für Schüler ihren Platz finden.

**Herr Neubert** nimmt dieses Angebot gern an und freut sich über zusätzliche Potentiale in Grüna. Diese Halle wäre z. B. auch für Schulanfangsfeiern geeignet, die seit der Schließung des Kulturhauses nach Reichenbrand ausweichen mussten.

**Herr Bernstein** ist ebenfalls erfreut und berichtet von den diesjährigen ungünstigen Gegebenheiten für die Einschulungsfeier der Grünaer Schulanfänger.

### **Problem Biogasanlage**

In einem Brief von Frau Haase, Goethestraße, wird berichtet, dass die unangenehmen Gerüche nach wie vor präsent seien. Erneut müsse festgestellt werden, dass sich das Umweltamt nur ungenügend um die Problematik kümmert. Dessen heute (nach Anforderung) eingegangenes Schreiben belege wieder einmal, dass die Probleme nur an die nächste Institution weiter gereicht würden; fest zugesagte Untersuchungsergebnisse lägen noch immer nicht vor. Es müsse endlich eine Frist gesetzt werden.

### **Buswartehäuschen**

Es sei unverständlich, warum am neuen Buswartehäuschen ein zweiter Stromkasten aufgebaut wurde. Ein solcher befinde sich dort bereits, zur Speisung des Fahrkartenautomaten. Er könnte doch aus Kostengründen für beide Zwecke genutzt werden. Jedoch ist pro Stromabnehmer (CVAG und Ströer) ein separater Zählerplatz vorgeschrieben.

### **Sanierung Chemnitzer Straße**

Eigentlich sollte der Belag schon aufgebracht sein, was aber witterungsbedingt nicht möglich war. Nach dem Ergebnis von Kernbohrungen sei der Untergrund in Ordnung.

### **Festplatz am Folklorehof**

Herr Neubert berichtet von einer guten Zusammenarbeit mit dem Baugenehmigungs- und dem Tiefbauamt, aber von schwierigen Gesprächen mit der ZGB (Zent-

rale Gebäudebewirtschaftung), an der alle Aktivitäten fast gescheitert wären. Diese habe verlangt, dass der Schnitzverein alleiniger Auftraggeber sei, der alle Kosten und Risiken trägt und zum Ende der Mietzeit einen Rückbau vornimmt. Der zuständige Mitarbeiter habe mühsam überzeugen werden müssen, dass die Herstellung und Nutzung dieses Platzes im öffentlichen Interesse Grünas und damit der Stadt Chemnitz liegt und außerdem die Stadt keine zusätzlichen Mittel kostet, weil die Vorbereitung aus Grüna organisiert und gesponsert ist und die Herstellung Bestandteil der o. a. Straßenbaumaßnahme. Die Stadt bekomme praktisch einen Festplatz geschenkt. Bis zur Kirmes am letzten Augustwochenende müsse nun alles fertig sein. Später solle das Asphalt-Fräsgut mit Schotterrasen abgedeckt werden.

### **750-Jahrfeier in Grüna 2013**

Die Vorbereitungen liefen bereits, alles entwickle sich bis jetzt positiv, ein guter Anfang sei gemacht.

## **7 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder**

---

**Herr Hammer** fragt nach dem Zeitpunkt der Neubepflanzung an der Dorfstraße, Ecke Limbacher Straße, welche zu rigoros zurück geschnitten wurden (siehe Sitzung Juni). Er stellt fest, dass es am Parkplatz Forsthaus ähnlich schlimm aussieht. Weiterhin macht er auf die bekannte Erhöhung auf der Mittelbacher Straße aufmerksam, welche wieder sichtbar ist.

## **8 Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Büttner** zeigt sich unzufrieden mit dem bisherigen Baugeschehen auf der Chemnitzer Straße (Abfräsen der alten Deckschicht) und fragt an, wer die Arbeiten kontrolliert. Teilweise seien die Bordsteine so niedrig, dass die neue Deckschicht entweder darüber hinausrage oder sehr dünn würde. Geringe Haltbarkeit und Probleme mit dem Oberflächenwasser, welches dann über den Fußweg auf die Grundstücke läuft, seien zu befürchten. Damit wäre diese Baumaßnahme nur Geldverschwendung.

**Herr Stengel** gibt eine Auskunft des Tiefbauamtes wieder, dass diese Art der Deckschichterneuerung (dünne Decke) ein Pilotprojekt sei. Den Erfolg müsse man nun abwarten. Bei einer parallelen Anhebung der Bordsteine hätte man bei der vorgegebenen Gesamtsumme nur die Hälfte der Strecke erneuern können.

**Herr Neubert** meint ebenfalls, man solle erst mal abwarten und im Falle von Mängeln die örtliche Anhebung der Bordsteine verlangen.

**Herr Nestler** ist enttäuscht, dass von den Stadträten niemand der Einladung zur heutigen Sitzung gefolgt ist. Er spricht sich eindeutig für den notwendigen Erhalt der Ortschaftsräte aus. Wenn das Rathaus verkauft werden sollte, könnte es ebenso enden, wie wir es mit unserem Kulturhaus derzeit erleben, gibt er zu bedenken.

**Herr Naumann** stimmt Herrn Nestlers Ausführungen voll zu.

**Herr Herrmann** äußert seine Meinung zum Sparkonzept und verweist auf den politischen Rahmen, der zu der Finanzsituation geführt habe. Es sei demokratisch bedenklich, was jetzt im Rahmen der Konzeptdiskussion passiere, denn konstruktive Vorschläge von Bürgern würden nicht entgegengenommen, und der Bürgerkontakt fehle generell. Man würde nur die Zahlen sehen, jedoch die Auswirkungen nicht wahrnehmen. „Wir retten mit dem EKKo nicht die Stadt, im Gegenteil, es wird noch schlimmer.“

**Herr Dr. Hähle** unterbricht die Ausführungen mit dem Hinweis, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um die Einwohnerfragestunde handele.

Anwesende Bürger fragen empört, „ob wir denn schon wieder soweit sind, dass

nicht alles öffentlich geäußert werden darf“.

**Herr Neubert** beendet die Sitzung mit dem Hinweis, dass am neuen Festplatz am Folklorehof noch einige Restarbeiten zu erledigen seien, für welche evt. auch ein Arbeitseinsatz der Ortschaftsräte erforderlich werden könnte.

**9 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna**

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden nach Absprache die Ortschaftsräte Herr Andrä und Herr Renneberg benannt.

.....  
Datum            Lutz Neubert  
                         Ortsvorsteher

.....  
Datum            P. Andrä  
                         Mitglied  
                         des Ortschaftsrates

.....  
Datum            T. Renneberg  
                         Mitglied  
                         des Ortschaftsrates

.....  
Datum            Vieweg